

Satzung



NaturBewusst Oberes Elbtal e.V.

§ 1 Name und Sitz des Vereins, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen „NaturBewusst Oberes Elbtal“. Er soll in das Vereinsregister eingetragen werden und danach den Zusatz „e.V.“ führen.
2. Der Verein hat seinen Sitz in 01689 Weinböhla.
3. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck, Aufgaben, Gemeinnützigkeit des Vereins

1. Der Verein „NaturBewusst Oberes Elbtal“ verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
2. Zweck des Vereins ist das Verständnis der Menschen für die Natur, insbesondere den respektvollen Umgang mit Pflanzen und Tieren, sowohl wild lebende als auch domestizierte Arten, zu fördern. Zweck des Vereins ist es auch, die Menschen für den schonenden Umgang mit der Umwelt zu sensibilisieren. Mit den durch den Verein „NaturBewusst Oberes Elbtal“ beschafften und verwalteten steuerbegünstigten finanziellen Mitteln sollen Projekte des Natur- und Umweltschutzes, vordergründig solche, die sich der Natur- und Umwelterziehung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene widmen, gefördert werden.

Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch:

- Durchführung von Schulungen, Vorträgen und Exkursionen,
 - Unterhaltung eines NaturBewusst-Zentrums (naturnahe Gartenanlage mit seltenen einheimischen Bäumen, Sträuchern und Pflanzen sowie Natur-Umwelt-Infothek).
3. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Alle Inhaber von Vereinsämtern sind ehrenamtlich tätig. Falls jedoch die anfallenden Arbeiten das zumutbare Maß ehrenamtlicher Tätigkeit übersteigen, kann durch den Vorstand ein hauptamtlicher Geschäftsführer bestellt sowie zur Realisierung der Projekte notwendiges Personal angestellt werden. Der Geschäftsführer führt die laufenden Geschäfte des Vereins nach Weisung des 1. Vorsitzenden entsprechend den Beschlüssen der Mitgliederversammlung und des Vorstandes.

4. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins. Keine Person darf durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen oder durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, begünstigt werden.

§ 3 Erwerb der Mitgliedschaft

1. Mitglied des Vereins kann jede natürliche Person ab dem vollendeten 16. Lebensjahr und jede juristische Person werden. Minderjährige bedürfen der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters.

2. Die Aufnahme in den Verein ist schriftlich beim Vorstand zu beantragen. Der Vorstand entscheidet über den Aufnahmeantrag. Wird dem Antrag nicht stattgegeben, so ist dies dem Antragsteller unter Angabe des zur Versagung der Mitgliedschaft führenden Grundes spätestens vier Wochen nach Eingang des Antrages schriftlich mitzuteilen. Die Mitglieder des Vereins sind über die Ablehnung der Aufnahme in der nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung zu informieren.

3. Die Mitgliedschaft wird mit Zahlung der Aufnahmegebühr wirksam.

4. Auf Vorschlag des Vorstands kann die Mitgliederversammlung verdienstvolle Förderer des Natur- und Umweltschutzes in den Verein als Ehrenmitglieder auf Lebenszeit aufnehmen.

§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft im Verein endet durch Tod, Austritt oder Ausschluss.

2. Der Austritt ist schriftlich gegenüber dem Vorstand zu erklären. Der Austritt kann nur mit einer Frist von einem Monaten zum Ende des Geschäftsjahres erklärt werden.

3. Ein Mitglied kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn es

a) schuldhaft das Ansehen oder die Interessen des Vereins in schwerwiegender Weise geschädigt oder die ihm nach der Satzung obliegenden Pflichten wiederholt verletzt hat oder

b) mit der Zahlung seines Mitgliedsbeitrages mehr als drei Monate nach dessen Fälligkeit im Verzug ist und trotz schriftlicher Mahnung unter Androhung des Ausschlusses den rückständigen Beitrag nicht eingezahlt hat.

Dem Mitglied ist Gelegenheit zu geben, in der Mitgliederversammlung zu den Gründen des Ausschlusses Stellung zu nehmen. Diese sind ihm mindestens zwei Wochen vorher mitzuteilen. Der Ausschluss ist mit dem Tag der Verkündung wirksam.

§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Jedes Mitglied hat das Recht, bei der Umsetzung der Zwecke des Vereins aktiv mitzuwirken, zum Beispiel durch Erarbeitung und Betreuung von Projekten, und an gemeinsamen Veranstaltungen teilzunehmen. Jedes volljährige Mitglied hat gleiches Stimm- und Wahlrecht in der Mitgliederversammlung.

2. Jedes Mitglied hat die Pflicht, den Natur- und Umweltschutz zu fördern, insbesondere regelmäßig seine Mitgliedsbeiträge zu leisten und, soweit es in seinen Kräften steht, die satzungsgemäßen Projekte des Vereins „NaturBewusst Oberes Elbtal“ durch seine Mitarbeit zu unterstützen.

§ 6 Aufnahmegebühr und Mitgliedsbeiträge

1. Bei der Aufnahme in den Verein ist eine Aufnahmegebühr zu zahlen. Jedes Mitglied hat einen jährlich fällig werdenden Mitgliedsbeitrag zu entrichten. Der Mitgliedsbeitrag ist spätestens bis zum fünfzehnten Februar eines jeden Jahres für das laufende Jahr zu leisten.

2. Die Höhe der Aufnahmegebühr und der Mitgliedsbeiträge wird von der Mitgliederversammlung festgelegt. Dabei ist die Offenheit des Vereins für die Allgemeinheit angemessen zu berücksichtigen.

3. Ehrenmitglieder sind von der Aufnahmegebühr und den Mitgliedsbeiträgen befreit.

§ 7 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung.

§ 8 Vorstand

1. Dem Vorstand des Vereins obliegen die Vertretung des Vereins nach § 26 BGB und die Führung seiner Geschäfte. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:

- a. die Einberufung und Vorbereitung der Mitgliederversammlungen einschließlich der Aufstellung der Tagesordnung,
- b. die Ausführung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung,
- c. die Verwaltung des Vereinsvermögens und die Anfertigung des Jahresberichts,
- d. die Aufnahme neuer Mitglieder,
- e. die Bestellung eines Geschäftsführers,
- f. die Anstellung von Personal.

2. Der Vorstand gemäß § 26 BGB besteht aus dem 1. Vorsitzenden, seinem Stellvertreter und dem Schatzmeister.

3. Vom Vorstand gemäß § 26 BGB vertritt der 1. Vorsitzende allein, der stellvertretende Vorsitzende nur gemeinsam mit dem Schatzmeister.

4. Der Vorstand hat das Recht, seinen Kreis durch sachverständige Personen zu erweitern. Die kooptierten Vorstandsmitglieder haben in den Beratungen kein Stimmrecht. Ihre Amtszeit endet spätestens mit der Amtszeit des sie kooptierten Vorstandes.

5. Anschaffungen für den Verein bis zu einer Höhe von 500 € können von jedem Vorstandsmitglied allein getätigt werden. Darüber hinaus gehende Anschaffungen bedürfen der Zustimmung von mindestens zwei Vorstandsmitgliedern.

6. Die Mitglieder des Vorstandes werden von der Mitgliederversammlung für die Dauer von vier Jahren einzeln gewählt. Mitglieder des Vorstands können nur Mitglieder des Vereins sein; mit der Mitgliedschaft im Verein endet auch die Mitgliedschaft im Vorstand. Die Wiederwahl oder die vorzeitige Abberufung eines Mitglieds

durch die Mitgliederversammlung sind zulässig. Eine Abberufung kann erfolgen, wenn dies zwei Drittel aller Mitglieder schriftlich unter Angabe von Gründen fordern. Es ist eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen, in der mit einfacher Mehrheit über eine Abberufung entschieden wird. Ein Mitglied bleibt nach Ablauf der regulären Amtszeit bis zur Wahl seines Nachfolgers im Amt. Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus dem Vorstand aus, so erfolgt in der zeitnah einzuberufenden Mitgliederversammlung die Wahl eines Nachfolgers.

7. Der Vorstand tritt nach Bedarf zusammen. Die Sitzungen werden vom 1. Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter, einberufen. Eine Einberufungsfrist von einer Woche soll eingehalten werden. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Mitglieder anwesend sind. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des 1. Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung die seines Stellvertreters.

8. Die Beschlüsse des Vorstandes sind zu protokollieren. Das Protokoll ist vom Protokollführer sowie vom 1. Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter oder einem anderen Mitglied des Vorstandes zu unterschreiben.

§ 9 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung ist zuständig für die Entscheidungen in folgenden Angelegenheiten:

- a. die Änderungen der Satzung,
- b. die Auflösung des Vereins,
- c. die Ernennung von Ehrenmitgliedern,
- d. den Ausschluss von Mitgliedern,
- e. die Wahl und die Abberufung der Mitglieder des Vorstands,
- f. die Wahl der Kassenprüfer,
- g. die Entgegennahme des Jahresberichts und die Entlastung des Vorstands,
- h. die Festsetzung der Aufnahmegebühr und der Mitgliedsbeiträge.

2. Mindestens einmal im Jahr und möglichst längstens im Abstand von zwölf Monaten ist vom Vorstand eine ordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen. Die Einberufung erfolgt schriftlich unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen und unter Angabe der Tagesordnung.

3. Die Tagesordnung setzt der Vorstand fest. Jedes Vereinsmitglied kann bis spätestens zwei Wochen vor der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich eine Ergänzung der Tagesordnung beantragen. Über den Antrag entscheidet der Vorstand. Über Anträge zur Tagesordnung, die vom Vorstand nicht aufgenommen wurden oder die erstmals in der Mitgliederversammlung gestellt werden, entscheidet die Mitgliederversammlung mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder; dies gilt nicht für Anträge, die eine Änderung der Satzung, die Auflösung des Vereins sowie Änderungen der Aufnahmegebühr oder der Mitgliedsbeiträge zum Gegenstand haben.

4. Der Vorstand hat eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen, wenn es das Interesse des Vereins erfordert oder wenn ein Viertel der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe beantragt. Soweit die Umstände dies zulassen, ist eine Ladungsfrist von zwei Wochen einzuhalten und die Tagesordnung mit der Einladung bekannt zu geben.

5. Die Mitgliederversammlung wird vom 1. Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von seinem Stellvertreter und bei dessen Verhinderung vom Schatzmeister geleitet.

6. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens ein Drittel aller Vereinsmitglieder anwesend ist. Bei Beschlussunfähigkeit ist der Vorstand verpflichtet, innerhalb von vier Wochen eine zweite Mitgliederversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen. Diese ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.

7. Die Mitgliederversammlung beschließt in offener oder, falls auch nur ein Mitglied dies wünscht, in geheimer Abstimmung mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder. Kann bei Wahlen kein Kandidat die Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder auf sich vereinen, ist gewählt, wer die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat; zwischen mehreren Kandidaten ist eine Stichwahl durchzuführen. Stimmenthaltungen gelten als ungültige Stimmen. Beschlüsse über eine Änderung der Satzung bedürfen der Mehrheit von drei Vierteln, der Beschluss über die Auflösung des Vereins der Zustimmung von neun Zehnteln der anwesenden Mitglieder. Das Stimmrecht darf nur von Personen ausgeübt werden, die das 18. Lebensjahr vollendet haben.

8. Über den Ablauf der Mitgliederversammlung und die gefassten Beschlüsse ist ein Protokoll zu fertigen. Dieses ist vom Protokollführer und vom Versammlungsleiter zu unterschreiben.

§ 10 Kassenprüfung

Die zur Vorbereitung der Entlastung des Vorstandes erforderliche Überprüfung der Kassengeschäfte erfolgt einmal jährlich durch zwei von der Mitgliederversammlung zu wählende Kassenprüfer. Die Prüfung hat rechtzeitig stattzufinden, so dass in der ordentlichen Mitgliederversammlung ein mündlicher Bericht über die Vermögensverhältnisse des Vereins erstattet werden kann. Die Kassenprüfer müssen die Fähigkeit besitzen, eine ordnungsgemäße Buchführung durchführen zu können. Zur Unterstützung der Kassenprüfer kann die Mitgliederversammlung einen Wirtschaftsprüfer oder ein öffentlich-rechtliches Rechnungsprüfungsamt hinzuziehen. Die Kassenprüfer können jederzeit Einsicht in die Vermögensverhältnisse des Vereins nehmen und dürfen nicht dem Vorstand angehören. Der Bericht der Kassenprüfer ist schriftlich niederzulegen.

§ 11 Auflösung des Vereins, Beendigung aus anderen Gründen, Wegfall steuerbegünstigter Zwecke

1. Im Falle der Auflösung des Vereins sind der 1. Vorsitzende des Vorstands und sein Stellvertreter gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren, falls die Mitgliederversammlung keine anderen Personen beruft.

2. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen an einen anderen steuerbegünstigten Verein, dessen Mitglieder aber nicht gleichzeitig Mitglieder im Verein „NaturBewusst Oberes Elbtal e.V.“ sind, mit ähnlich gelagerten Vereinszwecken, der es ausschließlich und unmittelbar zur Förderung des Natur- und Umweltschutzes zu verwenden hat.

3. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend, wenn der Verein aus einem anderen Grund aufgelöst wird oder seine Rechtsfähigkeit verliert.

Die Satzung wurde am 20. Juni 2008 im Rahmen der in Weinböhla stattgefundenen Gründungsversammlung beschlossen.